

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Gutachten

Gemeinde Picheneau

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31

Telefon: #43(0)732/7720-11426

Fax: #43(0)732/7720-214089

E-mail: post@lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31

Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Juli 2009

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	1
Struktur der Gemeinde	4
Eckdaten und Lageplan	4
Strukturelle Entwicklung	5
Organisation	5
Personalstand und Dienstposten	5
Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung	6
Aufbau- und Ablauforganisation	6
Organisations- und Qualitätsanalyse der Kernverwaltung	7
Allgemeines	7
Führungsarbeit	7
Strategie und Planung	8
Personalmanagement	8
Externe Partnerschaften und Ressourcen	8
Prozess- und Veränderungsmanagement	9
Bürgerorientierte Resultate	9
Mitarbeiterzufriedenheit	10
Auswirkungen auf die Gesellschaft	11
Leistungsergebnisse der Organisation	11
Haushalts- und Finanzsituation	12
Haushaltsergebnisse	12
Ordentlicher Haushalt	12
Außerordentlicher Haushalt	13
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung	13
Laufende Gebarung	15
Öffentliches Sparen im Überblick	15
Freie Finanzspitze	17
Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	18
Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung	18

Verschuldung	19
Rücklagen	20
Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen	20
Sonstige Feststellungen	22
Förderungen und freiwillige Leistungen	22
Allgemeines	22
Sammeltaxi / Fahrtkostenzuschuss	22
Verkauf des Gemeindewohnhauses	23
Globalbudgets	23
Interne Leistungsverrechnung sowie Inventar- und Vermögensverwaltung	23
Außerordentliche Vorhaben	24
Sanierung Ortskanalisation	24
Neubau und Sanierung UNION-Gebäude	25
Gartenstadtzentrum Infrastrukturmaßnahmen	25
Straßenbaumaßnahmen	25

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 25.02.2009 bis 02.04.2009 (mit Unterbrechungen) über Ersuchen der zuständigen Gemeindereferenten Landesrat Josef Ackerl und Landesrat Dr. Josef Stockinger vom 28.1.2008 ein Gutachten im Sinne des § 4 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 8 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 idgF über die Gebarung der Gemeinde Puchenau, politischer Bezirk Urfahr-Umgebung, erstellt.

Schwerpunkte des Gutachtens waren die Beurteilung der finanziellen Lage der Gemeinde mit möglichen Einsparungspotenzialen zur Haushaltskonsolidierung und die Untersuchung der Aufbau- und Ablauforganisation der Kernverwaltung.

Ziele des Gutachtens waren die Darstellung der Gemeindefinanzen 2006 bis 2012 und der Ursachen für die Abgänge im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt mit Konsolidierungsvorschlägen als Basis für ein Sanierungskonzept. Weiters die Überprüfung der Investitionspolitik und die Auswirkungen auf den o. H. sowie die Beurteilung der Effektivität und Effizienz der Aufbau- und Ablauforganisation.

Die finanzielle Entwicklung des Gesamthaushaltes wurde auf Basis der Rechnungsquerschnitte im Zeitablauf 2006 – 2008 aufgearbeitet und in Beziehung gestellt. Bei Bedarf wurden Ergebnisse aus Vorjahren und Prognosewerte für die Zukunft aus der mittelfristigen Finanzplanung in die Finanzanalyse miteinbezogen.

Zur Beurteilung der Gebarungsführung war es notwendig, neben finanzwirtschaftlichen Aspekten auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Das Prüfungsteam setzte sich aus Josef Binder als Prüfungsleiter und Josef Lenglachner zusammen.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde dem Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 26.6.2009 zur Kenntnis gebracht.

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck) sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundenbedingte Rechendifferenzen auftreten. Im Regelfall wurden Beträge kaufmännisch gerundet.

Abkürzungsverzeichnis / Glossar

Begriff	Erklärung
A	
ABA	Abwasserbeseitigungsanlage
ao. H.	außerordentlicher Haushalt
B	
BA	Bauabschnitt
BVerG	Bundesvergabegesetz
B 127	Bundesstraße 127
BZ	Bedarfszuweisungen
C	
CAF	Common assessment framework; gemeinsames europäisches Qualitätsbewertungssystem
F	
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FF	Freiwillige Feuerwehr
G	
GR	Gemeinderat
GemHKRO	Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung
I	
IB	Interessentenbeiträge
J	
JZ	Jugendzentrum
K	
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
KTZ	Kapitaltransferzahlungen
KZ	Kennziffer laut Rechnungsquerschnitt
L	
LGBl.	Landesgesetzblatt
LRH	Landesrechnungshof
LRHG	Landesrechnungshofgesetz
LMS	Landesmusikschule
LZ	Landeszuschuss

M

MA Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

MFP Mittelfristige Finanzplanung

N

NPM New Public Management

O

ÖBB Österreichische Bundesbahnen

o. H. ordentlicher Haushalt

OÖVV Oberösterreichischer Verkehrsverbund

P

PE Personaleinheit

R

RA Rechnungsabschluss

RQ Rechnungsquerschnitt

S

SHV Sozialhilfeverband

T

TZ Transferzahlungen

U

USt. Umsatzsteuer

„uwe“ Region Urfahr West

V

VA Voranschlag

W

WG Wohnungsgesellschaft(-en)

WVA Wasserversorgungsanlage

Kurzfassung

- (1) Puchenuau etablierte sich vor Jahrzehnten mit dem Bau der Gartenstädte als Wohn-gemeinde mit über 5.000 Einwohnern (EW) am Stadtrand von Linz. Da diese Wohn-anlagen für die Wohnbedürfnisse mehrerer Generationen weniger geeignet sind, erlitt Puchenuau inzwischen einen Bevölkerungsrückgang auf 4.500 EW. Auch Ar-beitsplätze gingen verloren, weil der einzig größere Betrieb vor ein paar Jahren ab-siedelte. Aufgrund der Verkehrssituation und der örtlichen Lage verfügt Puchenuau kaum über geeignete Grundflächen zur Ansiedlung von Betrieben. Die Gemeinde ist daher in ihrer Entwicklung eingeengt. Im örtlichen Entwicklungskonzept verfolgt sie das Ziel, wieder 5.000 Einwohner zu erreichen.
- (2) Seit Jahren kann die Gemeinde ihren Haushalt nicht ausgleichen. Dabei war die Gemeinde in den letzten Jahren durch eine sparsame Haushaltsführung und einer Reihe von Maßnahmen bemüht, den Haushalt zu entlasten. Teilweise konnte sie ihren Instandhaltungsverpflichtungen bei Gemeindeeinrichtungen nur mehr bedingt nachkommen. Neben den eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten trugen ins-besondere hohe Leasingraten für die Sanierung des Schulzentrums, stagnierende Kommunalsteuereinnahmen und steigende Transferzahlungen für Soziales und Ge-sundheit zur schwierigen Haushaltslage bei. Bei Ausgaben von 6,9 Mio. Euro im ordentlichen bzw. 1,2 Mio. Euro im außerordentlichen Haushalt (o. H. bzw. ao. H.) verblieben 2008 Fehlbeträge von 127.000 Euro bzw. 262.000 Euro. Auch 2009 und in den Folgejahren werden Abgänge im o. H. erwartet, zumal durch die Änderung des FAG mit geringeren Ertragsanteilen und höheren Transferzahlungen zu rech-nen ist.

Der LRH stellte fest, dass sich seit 2005 die Fehlbeträge im o. H. durch Einspa-rungen und steigende Ertragsanteile verringerten. Auch Betriebsüberschüsse der Abwasserbeseitigung (ABA) und der Wasserversorgung (WVA) wirkten sich positiv auf das Ergebnis aus. Seit Jahren wird aber die Haushaltssituation der Gemeinde durch kostenintensive Kinder-, Jugend- und Seniorenbetreuungseinrichtungen be-lastet. Für diese Einrichtungen müssen zum Teil Räumlichkeiten angemietet wer-den, weil eigene Raumkapazitäten fehlen.

- (3) Der Saldo der laufenden Gebahrung laut Rechnungsquerschnitt (RQ) ergab 2008 eine öffentliche Sparquote von 4,7 %. Nach dem mittelfristigen Finanzplan wird diese Quote in Zukunft zwischen plus und minus 1,5 % schwanken. Die Sparquote wird durch auslaufende Leasingraten erst ab 2012 wieder auf etwa 4 % ansteigen. Zur Konsolidierung des im Wesentlichen sparsam geführten Haushaltes regte der LRH an, den Bedarf an Nachbesetzungen der mittelfristig frei werdenden Dienst-posten in der Kernverwaltung aufgabenkritisch zu prüfen und Kooperationsmög-lichkeiten auszuloten. Er sah dadurch mögliche Einsparungen von bis zu 1,5 Per-sonaleinheiten in der Bau- und Finanzverwaltung. Aufgrund der künftig noch stei-genden Fehlbeträge bei einem Gemeindewohnhaus, empfahl er den Verkauf des

Wohnhauses zu prüfen. Für die bisher kostenfreie Benützung der Veranstaltungs- und Schulinrichtungen durch örtliche Vereine und Gastronomiebetriebe regte der LRH an, zumindest Betriebskostensätze einzuheben. Bei Berücksichtigung der angeregten Konsolidierungsmaßnahmen kann ab dem Auslaufen der Leasingraten eine Verbesserung der Haushaltssituation erwartet werden.

- (4) Die Verschuldung aus Darlehen ist gering. Sie resultiert fast ausschließlich aus Förderungsdarlehen für ABA und WVA. Der Darlehensstand ging von 2006 bis 2008 um 364.000 Euro auf 5,14 Mio. Euro zurück. Dazu kommen aber Leasingverpflichtungen bis 2013 und ausgelagerte Schulden von 1,71 Mio. Euro, die den Haushalt noch belasten werden.
- (5) Die Gemeinde hielt 2008 Rücklagen von 1,55 Mio. Euro. Davon waren 1,18 Mio. Euro für die Instandhaltung der ABA und WVA gewidmet, die aus Interessentenbeiträgen und Betriebsüberschüssen resultieren. Wie der LRH feststellte, werden diese zweckgebundenen Rücklagen bei Weitem nicht ausreichen, um den Finanzierungsbedarf der vordringlichsten Sanierungen bei der ABA mit geschätzten Kosten von 2,85 Mio. Euro zu bedecken. Bei diesen Sanierungen kann die Gemeinde vom Land keine Mittel erwarten. Außerdem stehen bei der ABA und WVA weitere kostenintensive Sanierungsmaßnahmen heran.
- (6) Die Investitionen im ao. Haushalt beliefen sich 2006 bis 2008 auf 1,8 Mio. Euro, die zu 45,7 % aus Eigenmitteln (Rücklagen), 30,7 % Zuschussmitteln und 23,6 % Fremdmitteln bedeckt wurden. Das Investitionsvolumen war rückläufig auf relativ niedrigem Niveau. Mangels finanzieller Mittel musste Puchenau seit Jahren notwendige Investitionen und Instandhaltungen zurück stellen. Aus der Sicht des LRH ist insbesondere bei der Erhaltung des teilweise exponierten Straßennetzes ein kostenintensiver Nachholbedarf gegeben.
- (7) Die Gemeinde wird engagiert und bürgerfreundlich verwaltet. Die Aufbauorganisation der Kernverwaltung ist in drei Abteilungen gegliedert. Beim Einsatz des Personals ist die Gemeinde um einen wirtschaftlichen Einsatz bemüht. Vor der Nachbesetzung von frei werdenden Dienstposten sollte nach Ansicht des LRH, die Gemeinde in bestimmten Aufgabenbereichen verstärkt Kooperationen mit Nachbargemeinden prüfen und umsetzen.
- (8) Die Personalausgaben (ohne Pensionen) 2007 betragen 1,43 Mio. Euro und stiegen 2008 vor allem durch einmalige Ausgaben auf 1,52 Mio. Euro. Der Personalkostenanteil 2008 lag bei 23,5 % der laufenden Ausgaben des RQ bzw. 21,9 % der ordentlichen Ausgaben. In Anbetracht zahlreicher personalkostenintensiver Einrichtungen und der höheren Altersstruktur in mehreren Organisationseinheiten beurteilte der LRH den prozentuellen Anteil als angemessen.
- (9) Durch eine Zufahrt von der Bundesstraße zu einem Nahversorgungszentrum ist die Verkehrssituation in diesem Bereich problematisch. Als Lösung muss ein Teil der Golfplatzstraße verlegt werden. Im Zuge dieser Baumaßnahme will die Gemeinde einen Ortsplatz schaffen, diesen überdachen und den Naherholungs- bzw. Spielplatz neu gestalten. Dieses Vorhaben bezeichnet sie als „Gartenstadtzentrum

Infrastrukturmaßnahmen“. Die geschätzten Kosten für dieses Projekt von 837.500 Euro sollten aus dem Verkauf von gemeindeeigenen Liegenschaften und Landesmitteln finanziert werden. Der LRH hielt das geplanten Vorhaben für geeignet, die Infrastruktur zu verbessern und Impulse für die Entwicklung von Puchenau zu setzen.

(10) Zusammenfassend sah der LRH folgenden Handlungsbedarf:

Zur Organisationsentwicklung

- Verwaltung verstärkt ziel- und wirkungsorientiert ausrichten (siehe Pkte. 10.2. und 15.2.).
- Das seit 2002 bestehende Leitbild aktualisieren (siehe Pkt. 7.2.).
- Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der Leaderregion Urfahr West („uwe“) prüfen wie zB im Bereich Bauhof und Fuhrpark, Lebensmitteleinkauf Schülerausspeisung, Betrieb und Kostenbeteiligung Jugendzentrum (siehe Pkt. 9.2.).
- Personalkonzept für notwendige Nachbesetzungen und Einschulungen neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstellen sowie die künftige Aufgabenverteilung neu regeln (siehe Pkt. 8.2.).
- Kosten- und Leistungsrechnung für sämtliche Verwaltungsleistungen mittelfristig einführen und darauf aufbauend das Controlling weiter ausbauen (siehe Pkte. 6.2. und 10.2.).
- Wissensmanagement vor allem im Hinblick auf heran stehende Pensionierungen weiter ausbauen, das Wissen der Mitarbeiter möglichst standardisiert erfassen und evident halten (siehe Pkt. 8.2.).

Zur Haushaltskonsolidierung

- Aufbauend auf den Empfehlungen des LRH sollte die Gemeinde ein mittelfristiges Konzept zur weiteren Sanierung des Gemeindehaushaltes erstellen und die Entlastungsmaßnahmen in den mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan aufnehmen (siehe Pkt. 24.2.).
- In der Kernverwaltung durch Gemeindekooperationen mittelfristig bis zu 1,5 Personaleinheiten bzw. mindestens 50.000 Euro einsparen (siehe Pkt. 20.2.).
- Bei Benützung von Gemeindeeinrichtungen und Schulräumlichkeiten den örtlichen Vereinen und Gastronomen ein Betriebskostenpauschale verrechnen und Benützungstarife für sonstige Dritte erhöhen (siehe Pkt. 29.2.).
- Förderungsbedarf für Sammeltaxi in Hinblick auf die Landesförderung für Jugendtaxi prüfen, Fahrtkostenzuschuss einstellen und jährlich 10.000 Euro einsparen (siehe Pkt. 30.2.).
- Den Verkauf eines defizitären Gemeindewohnhauses prüfen und den jährlich steigenden Abgang von bis zu 15.000 Euro vermeiden (siehe Pkt. 31.2.).

Struktur der Gemeinde

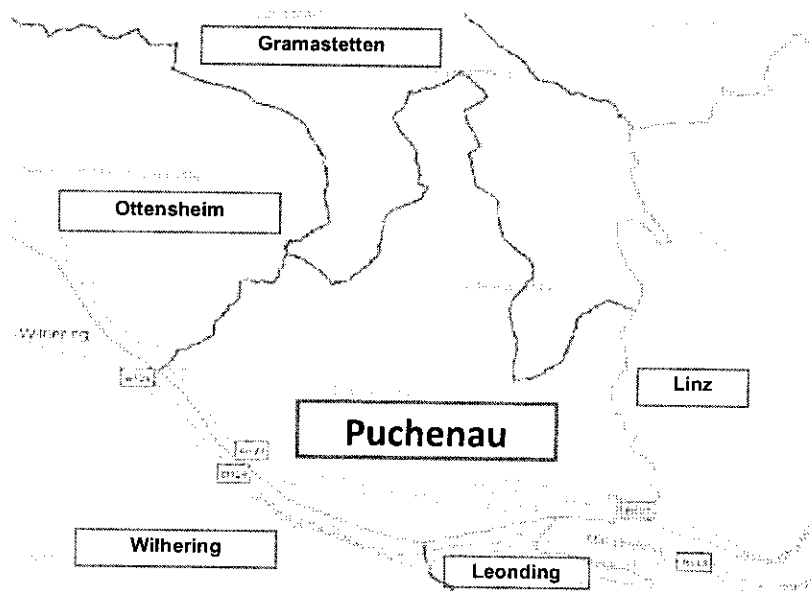
Eckdaten und Lageplan

Politischer Bezirk:	Urfahr-Umgebung	Infrastruktur Bildung und Kinderbetreuung:	
Landtagswahlkreis:	Mühlviertel	Kindernest	1 (2 Gruppen)
Gemeindegröße:	8,2 km ²	Kindergärten	2 (5 Gruppen)
Seehöhe:	262 m (Gemeindeamt)	Volksschule	1
	685 m (Koglerauer Spitz)	Hauptschule	1
Ortschaften:	Puchenuau, Unterpuchenuau, Oberpuchenuau, Großamberg, Pöstlingberg	Hort	1
Einwohner:	4.983 Personen	Öffentliche Bibliothek	1
Hauptwohnsitze:	4.425 Personen	Landesmusikschule	1
Wirtschaftsbetriebe (Betriebsstätten):		Infrastruktur Straßen:	
Agrar-, Forstbetriebe	9 Haupterwerbsbetriebe	Gemeindestraßen	28,4 km
	29 Nebenerwerbsbetriebe	Güterwege	10,2 km
Gewerbe, Industrie	rd. 50 Betriebe	Landesstraßen	4,8 km
Dienstleistungen	rd. 220 Unternehmen	Ausgegliederte Rechtsträger, Beteiligungen:	
Gemeindeamt:		Verein Jugendzentrum Puchenuau	
4048 Puchenuau, Kirchenstraße 1		Verein Jugendzentrum Pöstlingberg	
http://www.puchenuau.at		Wesentliche Mitgliedschaften, Kooperationen:	
Gemeindepersonal: 39 Vollbesch.-Äquivalente		BAV Urfahr-Umgebung	
Gemeinderat: 31 Mitglieder (ÖVP 14, SPÖ 11, Grüne 5, FPÖ 1)		Linz AG Abfall, Abwasser, Erdgas, Fernwärme, Wasser	
		Gerätepool Urfahr-Umgebung	
		WEV Oberes Mühlviertel	
		SHV Urfahr-Umgebung	
		Region UWE	
		Gesunde Gemeinde	
		Klimabündnisgemeinde	
		Dorf- und Stadtentwicklungsgemeinde	
		Partnerschaft mit Gemeinde Lindberg (Ortschaft Buchenuau) im Bayerischen Wald, Deutschland	

Gemeindewappen:



Lage in OÖ:



Quellen: Land OÖ, Abt. GeoL; „Der Oberösterreicher 08/09“; Gemeinde Puchenuau (Stand März 2009)

Strukturelle Entwicklung

- 1.1. Puchenau hatte vor Jahrzehnten durch den Bau der Gartenstädte einen hohen Bevölkerungszuwachs und positionierte sich Mitte der Neunzigerjahre als Wohn-gemeinde mit 5.000 Einwohner. Wegen fehlender Mehrgenerationenfähigkeit der Gartenstadthäuser sank die Bevölkerung auf 4.500 Einwohner. Puchenau verfügt über wenige Grundflächen für Gewerbetriebe, deren Verwertung aufgrund der Raumordnung und der Verkehrssituation durch die B 127 eingeschränkt wird. Der Straßenverkehr auf der B 127 und der Schienenverkehr belasten die Wohn-gemeinde stark. Die Gemeindevertretung ist seit Jahren bestrebt, durch Einhausung oder Untertunnelung der Straße und Schiene eine Verkehrsberuhigung zu erreichen. Damit möchte die Gemeinde auch ihre Ziele zur Ansiedelung umwelt-freundlicher Betriebe und Erhöhung der Einwohnerzahl erreichen.
- 1.2. Der LRH anerkannte die Bemühungen der Gemeinde für einen Bevölkerungszuwachs und Ansiedelung von Betrieben. Diese Ziele finden sich auch im örtlichen Entwicklungskonzept. Immerhin ist die Infrastruktur von Puchenau im Bereich der Schulen und Kindergärten für eine höhere Einwohnerzahl als die derzeitige ein-gerichtet. Aufgrund der geographischen Lage und der Verkehrssituation hielt der LRH die Entwicklungsperspektiven von Puchenau ohne größere Investitionen für sehr beschränkt. Die in Machbarkeitsstudien dargestellte Verlegung der B 127 und des Schienennetzes, würde eine einmalige Entwicklungschance für Puchenau ermöglichen, was aber mit extrem hohen Kosten verbunden wäre.

Organisation

Personalstand und Dienstposten

- 2.1. Von 2006 bis 2008 reduzierte die Gemeinde den Personalstand um 2,125 Perso-naleinheiten (PE). Diese Personaleinsparung erfolgte in der Kernverwaltung und im Bauhof um jeweils 1 PE und bei der Reinigung.

Das Personal verteilte sich Ende 2008 auf folgende Bereiche:

Kernverwaltung	14 Bedienstete /	13,5	PE
Schulen	2 Bedienstete /	2	PE
Kindergarten, KG-Begleitung	8 Bedienstete /	5,7	PE
Bauhof	5 Bedienstete /	5	PE
Schüleraus speisung, Bibliothek	4 Bedienstete /	2,45	PE
Reinigungskräfte	11 Bedienstete /	9,125	PE

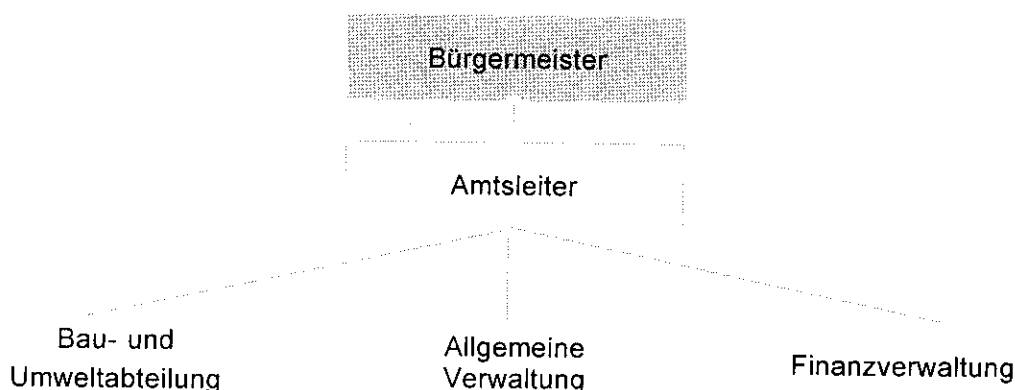
- 2.2. Der LRH wies darauf hin, dass aufgrund der beabsichtigten Änderung des genehmigten Dienstpostenplanes ab September 2009 weitere 0,75 PE in der Kernverwaltung eingespart werden. Demnach verringert sich der Personalstand seit 2006 um insgesamt 2,875 PE und ist nach Ansicht des LRH sowohl in der Verwaltung als auch im Bauhof aufgrund der wachzunehmenden Aufgabenbereiche grundsätzlich angemessen. Weitere Einsparungen sind aber in der Verwaltung noch möglich, worüber unter den Personalausgaben (Pkt. 20.2.) berichtet wird.

Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung

- 3.1. Die konzeptionellen Grundlagen von New Public Management (NPM), auch als „wirkungsorientierte Verwaltungsführung“ bezeichnet, gelten als Maßstab für eine qualitätsvolle öffentliche Verwaltung. Als Lösungsansätze für eine grundlegende Erneuerung der öffentlichen Verwaltung gelten auch der Kriterienraster des Common assessment framework (europäisches Qualitätsbewertungssystem) und die Elemente der Public Governance („politische Steuerung“).
- 3.2. Der LRH stellte fest, dass die Verwaltung mit Hilfe eines externen Beraters bemüht war, eine ziel- und wirkungsorientierte Verwaltungsführung nach den Grundsätzen des NPM aufzubauen. Er merkte positiv an, dass einige Elemente wie Bürger- und Kundenorientierung gut ausgeprägt waren. Der LRH empfahl, die Verwaltung verstärkt in einem kontinuierlichen Prozess der Wirkungs- und Qualitätsorientierung zielgerichtet auszurichten und eine zukunftsorientierte Aufgabenkritik vorzunehmen.

Aufbau- und Ablauforganisation

- 4.1. Die Gemeindeverwaltung gliedert sich wie folgt:
Die Amtsleitung war gleichzeitig mit der Leitung der Abteilung „Allgemeine Verwaltung“ betraut. Die Bau- und Umweltsabteilung sowie die Finanzverwaltung wurden von jeweils einem Abteilungsleiter bzw. Abteilungsleiterin geführt.



- 4.2. Nach Meinung des LRH ist die Aufbauorganisation zur effizienten Leistungserbringung geeignet. Der LRH bescheinigte den Bediensteten eine hohe Arbeitsmotivation und führte dies auf die ausreichend übertragene Eigenverantwortung zurück, die ihnen eine selbständige Aufgabenerfüllung ermöglicht.

Organisations- und Qualitätsanalyse der Kernverwaltung

Allgemeines

- 5.1. Im Rahmen der Organisations- und Qualitätsanalyse führte der LRH fünf Interviews mit Führungs- und Schlüsselarbeitskräften in Anlehnung an die neun Themenfelder des CAF¹. Das Selbstbewertungssystem des CAF mit bestimmten Kriterien und Leistungsmerkmalen ermöglicht öffentlichen Verwaltungen der Europäischen Union auf standardisierte und vergleichbare Weise Analysen und Selbstbewertungen des erreichten Modernisierungsstandes. Die Ergebnisse aus den Interviews gaben dem LRH Hinweise auf den Stand der Umsetzung einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Außerdem erhob er im Zuge der Analyse bei sämtlichen Bediensteten der Verwaltung die Mitarbeiterzufriedenheit bzw. das Betriebsklima durch eine anonyme, standardisierte Befragung mittels Fragebogen. Die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen aus den Interviews und der Mitarbeiterbefragung fasste er unter den Punkten 6 bis 15 zusammen.
- 5.2. Der LRH regte an, die Verwaltung schrittweise nach den Qualitätskriterien des CAF auszurichten.

Führungsarbeit

- 6.1. Führungskräfte sollten ihr Engagement erkennen lassen. Sie müssen Interessensgruppen genau kennen und ein Gleichgewicht zwischen Bedarfen und politischen Vorgaben herstellen können. Die Führungskräfte der Kernverwaltung sind der Bürgermeister, der Amtsleiter und zwei Abteilungsleiter. Zielvereinbarungen zwischen Amtsleiter und MA in Form von jährlichen Mitarbeitergesprächen fehlen. Das Controlling wird teilweise zwischen der Bau- bzw. Finanzabteilung gesplittet wahrgenommen.
- 6.2. Der LRH anerkannte die Bemühungen des Bürgermeisters und der Führungskräfte um eine engagierte und bürgerfreundliche Verwaltungsführung und das gut ausgeprägte Vertrauensverhältnis zwischen Bürgermeister, Amtsleitung und MA. Hinsichtlich der gelebten Führungskultur regte der LRH an, das jährliche Mitarbeitergespräch wieder einzuführen und die bisher formlosen Zielvereinbarungen auch schriftlich zu dokumentieren. Der LRH hob auch die durch regelmäßige Zusammenkünfte der MA gewährleistete gute Kommunikation über die Tätigkeit in deren Arbeitsbereichen hervor und erkannte darin eine praktische Informationsplattform, die durch eine EDV-Informationsschiene ergänzt wird. Für einzelne Bereiche gibt es ein Controlling (zB Energieverbrauch und Bauhof). Aus der Sicht des LRH sollte die Datenbasis für das Controlling ausgebaut und besser dokumentiert werden.

¹ Common assessment framework - ein gemeinsames europäisches Qualitätsbewertungssystem.

Strategie und Planung

- 7.1. Strategie und Planung müssen sich mit der internen Kultur, dem Aufbau und den Geschäftsabläufen einer Organisation auseinandersetzen. Strategie, Planung und Prozesse sollen fortwährend überwacht werden, um festzustellen, ob sie als Ganzes wechselnden Rahmenbedingungen gerecht werden. Im Leitbild sind für die Ausschüsse des GR die Planung und Steuerung von Projekten verankert. Solche zum Teil abteilungsübergreifende Projekte wurden teilweise in Form eines Projektmanagements abgewickelt.
- 7.2. Der LRH meinte, dass die Gemeindeführung bei der Strategie und Planung ihrer Ziele - insbesondere in infrastrukturellen Belangen - ein hohes Engagement zeigte. Die Impulssetzung der Ausschüsse im Rahmen der strategischen Planung und Steuerung von Projekten hielt der LRH für ausbaufähig. Allerdings sind aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde die Ziele, Strategien und Planungen für zukunftsorientierte, aber kostenintensive Projekte, kurz- und mittelfristig schwer umsetzbar. Der LRH empfahl, das 2002 erstellte Leitbild zu evaluieren und aktualisieren.

Personalmanagement

- 8.1. Das Themenfeld Personalmanagement hinterfragt, wie die Organisation Wissen und Potential der MA fördert und wie sie diese Aktivitäten plant, damit sie Politik und Strategie der Organisation unterstützt. Ein strukturiert organisiertes Wissensmanagement liegt teilweise vor. Fachausbildungen und persönlichkeitsbildende Seminare wurden von Führungskräften und MA besucht. Das vorhandene Wissen in der Verwaltung wurde bislang noch wenig gezielt dokumentiert bzw. strukturiert erfasst.
- 8.2. Der LRH empfahl, das Wissensmanagement noch weiter auszubauen und das relevante Wissen der MA verstärkt zu dokumentieren und evident zu halten. In Hinblick auf die mittelfristig heran stehenden Pensionierungen von drei Bediensteten in der Verwaltung regte er an, ein Personalkonzept für etwaige Nachbesetzungen und zeitgerechte Einschulungen neuer MA zu erstellen sowie die Aufgabenverteilung neu zu regeln. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Aus- und Weiterbildung entsprechend gefördert wurde.

Externe Partnerschaften und Ressourcen

- 9.1. Das wesentliche Ziel, externe Partnerschaften und Ressourcen aufzubauen, besteht grundsätzlich darin, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, sich Handlungsressourcen auf Feldern zu erschließen, die mit eigenen Mitteln oder aus eigener Kraft nicht erreichbar wären. Puchenau kooperiert bei ABA und WVA sowie bei der Abfallbeseitigung mit der Stadt Linz. Auch beim Bauhof und Fuhrpark bestehen Kooperationen mit Nachbargemeinden. Puchenau gründete mit Gemeinden des Bezirkes Urfahr-Umgebung die Region Urfahr West („uwe“) welche als Kooperationsplattform fungiert. Schulen, Kindergarten und FF verfügen über Globalbudgets. Für den Bauhof wurde ein Produktkatalog erstellt.

- 9.2. Der LRH anerkannte die Gemeindekooperationen. Er stellte fest, dass sich Puchenau im Rahmen der Leaderregion „uwe“ innovative und wirkungsorientierte Ziele für weitere Kooperationen und zum Lukrieren von EU-Förderungen für die Wirtschaft setzte. Er empfahl, die Zusammenarbeit im Rahmen der „uwe“ auszuweiten und regte an, mittelfristig für die Lohnverrechnung und die Agenden eines Bautechnikers Kooperationen einzugehen. Weiters empfahl er eine Kostenbeteiligung am Jugendzentrum (JZ) für jene Gemeinden deren Jugendliche das JZ besuchen und einen gemeinsamen Lebensmitteleinkauf für die Schülerspeisung (siehe Pkt. 28.2.). Der LRH merkte positiv an, dass die Globalbudgets im wesentlichen seit 2004 unverändert blieben.

Prozess- und Veränderungsmanagement

- 10.1. Prozess- und Veränderungsmanagement befähigt eine Organisation, ihre Prozesse zu verbessern und weiter zu entwickeln, um ihre Kunden und andere Interessensgruppen zufrieden zu stellen und einen Mehrwert für sie zu generieren. Die Verwaltung ist für laufende Veränderungen und Anpassung ihrer Leistungen durchaus offen, die mit der Leistungserstellung verbundenen Kernprozesse wurden bislang aber nicht definiert.
- 10.2. Dem LRH ist bewusst, dass das Prozessdenken noch einer entsprechenden Entwicklung bedarf. Er hielt es für wichtig, das Denken in Leistungen (Outputs) und Wirkungen (Outcomes) in der strategischen Arbeit des gesamten Führungsteams zu erweitern. Der LRH empfahl der Gemeindeverwaltung, sämtliche Leistungen in einem Produktkatalog zu erfassen, wie dies bereits beim Bauhof teilweise erfolgt ist. Die mit der Produkt- bzw. Leistungserstellung verbundenen Abläufe wären in der Folge zusammen zu fassen und als Kernprozesse zu definieren. Die Kernprozesse sind laufend mit den Organisationszielen in Einklang zu bringen. Zur Steuerung des Ressourceneinsatzes bei der Leistungserstellung sollte die Gemeinde auf Basis der Produkte eine KLR aufbauen und steuerungsrelevante Kennzahlen entwickeln.

Bürgerorientierte Resultate

- 11.1. Für eine Verwaltung ist es bedeutsam, die Zufriedenheit ihrer Kunden im Hinblick auf Gesamteindruck der Organisation, Produkte und Dienstleistungen, Offenheit und Kundenorientierung zu messen. In Puchenau gab es Bürgerbefragungen und Erhebungen der Kundenzufriedenheit mit der Gesamtorganisation. Beschwerden der Bevölkerung wurde nachgegangen. Eine räumliche Bürgerservicestelle fehlt.
- 11.2. Der LRH hielt periodische Bürgerbefragungen, die auf einen Gesamteindruck der Organisation schließen lassen, für zielführend. Außerdem empfahl er, ein standardisiertes Beschwerdemanagement mit entsprechender Dokumentation. Der LRH wies darauf hin, dass das Bürgerservice zwar gelebt wird, die Wohngemeinde aber über keine räumliche Bürgerservicestelle im Sinne eines one-stop-shop verfügt und überdies das Gemeindeamt nicht behindertengerecht ausgestattet ist.

- 12.1. Das Gemeindeamt befindet sich in einem 1962 errichteten und 1997 sanierten gemeindeeigenen Wohnhaus ohne Liftanlage auf zwei Stockwerke aufgeteilt. Vier Wohnungen sind vermietet. Wegen fehlender Raumkapazität müssen für den Trauungssaal, die Bücherei und den Seniorentreff, in welchen auch für Sitzungen des GR ausgewichen werden muss, Privatobjekte angemietet werden. Die Mieten und Betriebskosten für diese Anmietungen beliefen sich 2008 auf 68.500 Euro. Für die im GR vertretenen politischen Parteien fehlen Fraktionsräume. Die Räume für das Gemeindearchiv entsprechen nicht dem Standard. Bereits seit 1992 beabsichtigt Puchenau zur Lösung dieser Raumproblematik einen Zubau bzw. Umbau beim Amtsgebäude.
- 12.2. Der LRH wies darauf hin, dass der Einbau einer Liftanlage und einer behindertengerechten Bürgerservicestelle sowie von Fraktionsräumen erst durch das Adaptieren frei werdender Wohnungen möglich wird. Er merkte an, dass durch diese kostenintensiven Umbaumaßnahmen trotzdem der Raumbedarf nicht zur Gänze abgedeckt werden kann und weiterhin hohe Anmietungskosten zu leisten sein werden.

Der LRH sah hingegen im bereits in früheren Jahren geplanten Zubau zum Gemeindeamt eine zukunftsorientierte bürgerfreundliche Lösung für die bestehende Raumproblematik. Durch diesen Zubau könnten Anmietungskosten eingespart und zusätzlich Synergieeffekte bei Heizungs-, Betriebs- und Reinigungskosten genutzt werden. Auch die Bücherei könnte in die Bürgerservicestelle integriert und dadurch kostengünstig geführt werden. Er empfahl eine Kosten- Nutzenrechnung für beide Projektvarianten unter Berücksichtigung sämtlicher Investitions- und Folgekosten.

Mitarbeiterzufriedenheit

- 13.1. Die Mitarbeiterzufriedenheit beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Organisation. Im Rahmen der Organisationsanalyse erhielten 13 Verwaltungsbedienstete je einen standardisierten Fragebogen zur Erhebung des Betriebsklimas. Es wurden 13 anonym ausgefüllte Fragebögen retourniert. Die zusammenfassenden Ergebnisse aller Fragen erhielt der Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 26.6.2009. Die wesentlichen Mitarbeiterergebnisse, die auf einen Gesamteindruck schließen lassen, sind in der Anlage 1 grafisch dargestellt. Als Resümee war Folgendes festzustellen:
- Die **Beziehungen zwischen den Bediensteten** wurden überwiegend als sehr gut bzw. gut bewertet.
 - Die **Führung durch Vorgesetzte** beurteilten 92 % der Bediensteten mit sehr gut bzw. gut. 8 % empfanden sie teils/teils.
 - Die **Organisation** bewerteten 15 % der Bediensteten als sehr gut, 77 % als gut und 8 % als teils/teils.
 - Die **Information und Mitsprachemöglichkeiten** wurden überwiegend mit gut bzw. sehr gut eingeschätzt und knapp 8 % empfanden diese als teils/teils.
 - Die **Interessensvertretung** sahen die Bediensteten mit 61,5 % als sehr gut und 38,5 % als gut.

- Mit den **betrieblichen Leistungen für das Personal** waren beinahe 85 % der Bediensteten zufrieden bzw. sehr zufrieden und 15 % beurteilten diese mit teils/teils.
- 13.2. Die Mitarbeiterbefragung zeigte dem LRH in allen erfragten Bereichen ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis und er hob das gute Betriebsklima hervor.

Auswirkungen auf die Gesellschaft

- 14.1. Dieses Themenfeld beschäftigt sich mit der Frage, welche Ergebnisse die Organisation im Zusammenhang mit den Erwartungen und Bedürfnissen der Gemeinschaft erzielt. Es geht dabei auch um die Haltung der Organisation zu gesellschaftsrelevanten Fragen. Die Gemeinde war im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten bemüht, den Bedürfnissen der Bevölkerung im Sozial-, Kultur-, Schul- sowie Freizeit und Wirtschaftsbereich gerecht zu werden.
- 14.2. Der LRH anerkannte, dass in den gesellschaftlichen Bereichen durch das Handeln der Gemeinde deutliche Impulse in der Gegenwart und für die Zukunft gesetzt wurden.

Leistungsergebnisse der Organisation

- 15.1. In diesem Bereich geht es um gemessene Leistungen und Wirkungen der Organisation bei der Erreichung von Zielen. Die Leistungsergebnisse geben Aufschluss darüber, wie die Organisation funktioniert und wie effektiv und effizient sie ihre Ressourcen einsetzt.
- 15.2. Der LRH merkte an, dass die Leistungen von Puchenau in Hinblick auf die Zielerreichung und Wirkung vereinzelt gemessen wurden. Nach Meinung des LRH sollte die Gemeinde die Messbarkeit ihrer sonstigen Leistungen forcieren. Er begrüßte die diesbezüglichen Überlegungen der Gemeinde mehr Kennzahlen zu entwickeln und eine Balanced Scorecard als Steuerungsinstrument einzuführen.

Haushalts- und Finanzsituation

Haushaltsergebnisse

- 16.1. Die Haushaltsrechnung zeigte in den letzten Jahren folgende Ergebnisse (Beträge in Tausend Euro):

2004	-679,3	-514,1	-1.193,4
2005	-289,7	-393,9	-683,6
2006	-289,1	-445,3	-734,4
2007	-33,1	-695,7	-728,8
2008	-126,9	-261,6	-388,5

Im VA 2009 wurden im o. H. und ao. H. Abgänge von 326.000 Euro. bzw. 343.000 Euro präliminiert.

- 16.2. Der LRH merkte an, dass sich die Ergebnisse des Gesamthaushaltes verbessern. Mehreinnahmen aus Ertragsanteilen sowie die im o. H. belassenen Betriebsüberschüsse der ABA und WVA trugen wesentlich zur Verringerung der Abgänge bei. Laut VA bzw. MFP wird sich die Haushaltssituation wieder verschlechtern. Bedingt durch steigende TZ und Einbußen bei den Ertragsanteilen zufolge der Änderung deren Berechnungsgrundlage wird der Abgang im o. H. 2009 deutlich steigen. Die tatsächlichen Rückgänge bei den Steuereinnahmen des Bundes sind derzeit allerdings noch nicht abschätzbar.

Ordentlicher Haushalt

- 17.1. Das Ausgabenvolumen belief sich 2008 auf 6,9 Mio. Euro. Der o. H. konnte seit Jahren nicht mehr ausgeglichen werden, wodurch Puchenau auf die Gewährung von BZ durch das Land angewiesen war. Den Abgang 2007 von 33.000 Euro deckte das Land erstmals nicht mittels BZ, da die Vorgaben zur Begrenzung der Instandhaltungsausgaben um 46.000 Euro überschritten wurden. 2008 stieg der Haushaltsabgang um 93.900 Euro auf 126.900 Euro.
- 17.2. Nach Ansicht des LRH reicht grundsätzlich die finanzielle Ausstattung der Gemeinde aufgrund zu geringer eigener Steuereinnahmen nicht aus, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Puchenau war bemüht, den Haushalt durch nachhaltige Maßnahmen zu entlasten (Personalsoptimierungen, Umschuldungen, Contracting, Globalbudgets). Weiters erfolgten zwischenzeitlich Ausgabeneinsparungen, welche allerdings nur eine aufschiebende Wirkung erzielten, wie zB die in den letzten Jahren wiederholt verschobenen Instandhaltungsmaßnahmen. Der LRH konnte der Gemeinde eine wirtschaftliche und sparsame Gebarungsführung bescheinigen.

Außerordentlicher Haushalt

- 18.1. Der ao. H. war in den letzten drei Jahren von Investitionen bei ABA und WVA mit 876.500 Euro bzw. 276.600 Euro und beim Straßenbau mit 502.900 Euro geprägt. Die zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel betrafen zu 30,7 % Zuschüsse des Landes, 23,6 % Fremdmittel und 45,7 % Eigenmittel. Die Eigenmittel ergaben sich zu 80,8 % aus Rücklagen, 14,1 % IB und 5,1 % Grundstückserlösen.
- 2007 verblieb im ao. H. ein Fehlbetrag von fast 700.000 Euro. 2008 wurde dieses Ergebnis durch Rücklagenentnahmen auf -262.600 Euro reduziert. In diesem Ergebnis sind ungedeckte Abgänge aus Vorjahren von 143.300 Euro enthalten, die aus Erlösen eines bisher nicht realisierbaren Grundverkaufes (Großambergstraße) abgedeckt werden sollen.
- 18.2. Der LRH stellte fest, dass die Finanzierung des Fehlbetrages 2008 grundsätzlich gesichert ist. Sollte der Grundverkauf nicht realisierbar sein, müsste sich die Gemeinde um eine Alternative zur Ausfinanzierung bemühen. Die lt. MFP bis 2012 geplanten Investitionen von 3,2 Mio. Euro werden durch einen auf 57,6 % erhöhten Anteil des LZ bedeckt. Die Fremdmittel bleiben mit 22,7 % beinahe gleich, wogegen die Eigenmittel aus Grundstücksveräußerung und Rücklagen auf 19,3 % absinken.

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

- 19.1. Der Rechnungsquerschnitt (RQ) ist dem Begriffssystem des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) nachgebildet und stellt die wirtschaftlichen Sachverhalte des o. H. und ao. H. gemeinsam dar. Nachstehende Tabelle (Beträge in Tausend Euro) zeigt die RQ in verdichteter Form. Die Details dazu sind der Anlage 2 zu entnehmen und werden unter den Punkten 19 bis 23 näher beleuchtet.

Konto	Bezeichnung	2008			2007	2006	Veränderung 2008/2007	Veränderung 2008/2006
		2008	2007	2006				
Laufende Gebarung								
19	Einnahmen	6.438,6	6.729,4	6.767,9			0,6 %	
29	Ausgaben	6.003,8	6.162,3	6.474,0			5,1%	
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	434,8	567,0	293,8			-48,2%	
Vermögensgebarung								
39	Einnahmen	326,7	247,1	453,7			83,6%	
49	Ausgaben	884,9	695,8	338,4			-51,4%	
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-558,2	-448,7	115,3			125,7%	
	Saldo 1 und Saldo 2	-123,4	118,3	409,1			245,8%	
Finanztransaktionen								
59	Einnahmen	511,4	172,4	477,9			177,2%	
69	Ausgaben	438,8	285,2	546,7			91,7%	
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	72,7	-112,8	-68,8			39,0%	
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnung o/ao. H. u. ohne Abwicklungen	-50,7	5,6	340,3			5976,8%	
82 - 86	Abwicklung Sollergebnis Vorjahre	-683,6	-734,4	-728,8			-0,8%	
99	Administratives Jahresergebnis	-734,4	-728,8	-388,5			-46,7%	

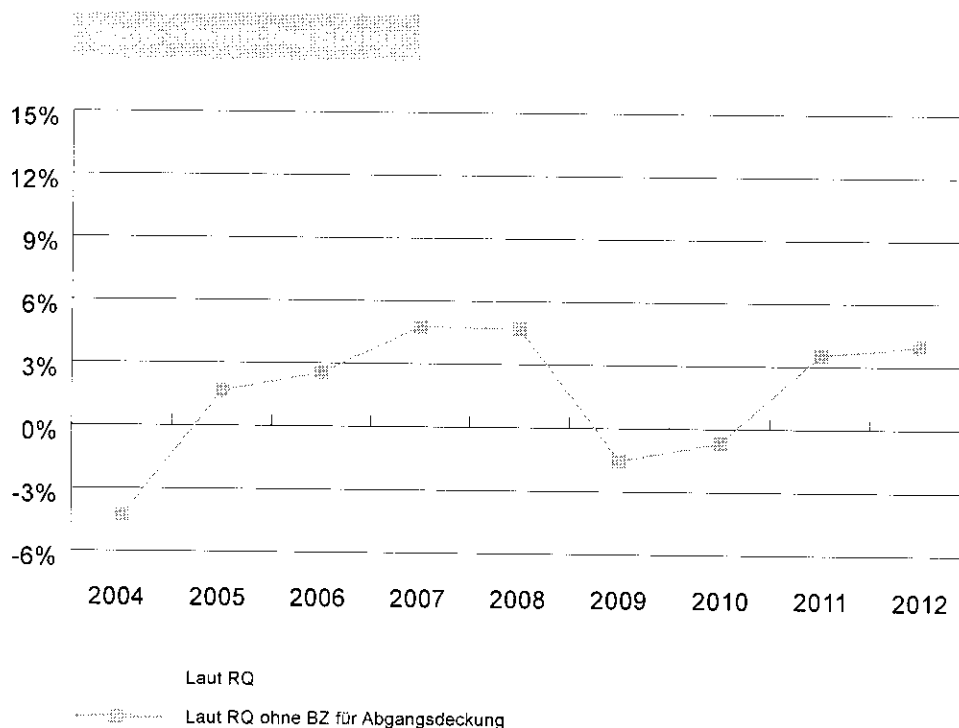
19.2. Der LRH stellte im mehrjährigen Vergleich folgendes fest:

- Das Ergebnis der laufenden Gebarung zeigt durch die 2006 und 2007 zur Abgangsdeckung erhaltenen BZ von jeweils 285.000 Euro ein wesentlich günstigeres Bild. Ohne die BZ würden sich folgende Ergebnisse im Saldo 1 ergeben: 2006: 149.800 Euro; 2007: 282.000 Euro.
- Die Vermögensgebarung wies 2008 aufgrund des geringeren Investitionsvolumens und den vorgezogenen Landesmitteln einen positiven Saldo aus.
- Die Finanztransaktionen spiegeln die Rücklagen- und Schuldenentwicklung wider.

Laufende Gebarung

Öffentliches Sparen im Überblick

- 20.1. Das öffentliche Sparen zeigt sich im Ergebnis der laufenden Gebarung. Die öffentliche Sparquote, bereinigt um die BZ zur Abgangsdeckung, stieg 2004 bis 2008 von minus -4,3 % auf plus +4,7 %. Lt. MFP wird sie vorerst wieder in den negativen Bereich absinken und sich gegen Ende der Planperiode der +4 % Marke nähern.



- 20.2. Der LRH stellte fest, dass die Gemeinde erst ab 2005 über eine positive, allerdings sehr geringe Sparquote verfügt, die nur einen kleinen Spielraum für Investitionen aufweist.

Zu den einzelnen Einnahmenarten stellte der LRH Folgendes fest:

- Die „**Eigenen Steuern**“ (KZ 10) sind im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr gering. Ohne zusätzliche Arbeitsplätze in der Gemeinde ist kein nennenswerter Einnahmewachstum aus dem Steueraufkommen zu erwarten.
- Wegen der guten Wirtschaftslage konnte Puchenau hohe Einnahmewachstum aus **Ertragsanteilen** (KZ 11) verzeichnen. In den letzten beiden Jahren brachten die Steigerungen von 8,3 % bzw. 8,8 % jährliche Mehreinnahmen von 226.300 Euro bzw. 261.900 Euro. Durch die Änderung des FAG 2008²

² Basis für die Aufteilung der Ertragsanteile bildet ab 2009 die Einwohnerzahl nach der Zwischenregisterzählung zum Stichtag Oktober 2008 und nicht das Volkszählungsergebnis 2001.

zählt Puchenu ab 2009 wegen seines Einwohnerrückganges zu den „Verlierergemeinden“. Eine Vergleichsrechnung anhand der VA 2008 und 2009 zeigt, dass die prognostizierten Einnahmen um 44.000 Euro sinken. Nach dem Ergebnis der Volkszählung 2001 wären hingegen Mehreinnahmen von 192.500 Euro zu erwarten gewesen. Da sich die dem VA 2009 zugrunde gelegten Wirtschaftsprognosen verschlechtern, kann keine seriöse Aussage über die Entwicklung der Ertragsanteile getroffen werden.

- Bei der KZ 12 – **Gebühren für ABA, WVA und Abfallbeseitigung** - mussten 2008 durch Terminänderungen bei der Verbrauchserhebung Mindereinnahmen von 48.500 Euro hingenommen werden.
- Die hohen **Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit** (KZ 14) stammen zu 62 % (139.100 Euro) aus dem im Leasingvertrag „Sanierung Volks- u. Hauptschule, LMS und Errichtung Hort“ vereinbarten Baurechtszins.
- Die **Einnahmen aus den laufenden TZ von Trägern des öffentlichen Rechts** (KZ 15) sanken 2008 durch die in den Vorjahren erhaltenen BZ zur Abgangsdeckung von jeweils 285.000 Euro. Die Haupteinnahmen der Transfereinnahmen stammen - bedingt durch die geringe Finanzkraft - aus den Finanzzuweisungen gem. § 21 FAG und Strukturbeihilfen des Landes und beliefen sich 2008 auf 435.600 Euro. Im Vergleich zu den eigenen Steuern ohne IB erreichten sie ca. 80 %.
- Die **Gewinnentnahmen** von Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit (KZ 17 sowie KZ 28) spiegeln die im o. H. belassenen Betriebsüberschüsse aus ABA und WVA wieder. In den letzten drei Jahren erreichten sie 640.000 Euro.

Ausgabenseitig war zu den drei wesentlichsten Ausgabenarten Folgendes festzustellen:

- Die **Personalausgaben (ohne Pensionen)** KZ 20 betragen 2007 insgesamt 1,43 Mio. Euro und stiegen 2008 vor allem durch einmalige Ausgaben von 73.400 Euro wie zB Abfertigungen, Altersteilzeit, Änderung beim Dienstgeberbeitrag usw. auf 1,52 Mio. Euro. Der Personalkostenanteil lag 2008 bei 23,5 % der laufenden Ausgaben des RQ bzw. 21,9 %³ der ordentlichen Ausgaben. In Anbetracht der großen Anzahl infrastruktureller Einrichtungen sowie der höheren Altersstruktur in mehreren Organisationseinheiten und den einmaligen Personalausgaben, beurteilte der LRH die Höhe der Personalausgaben als vertretbar. Nach Ansicht des LRH kann die Gemeinde mittelfristig Personalausgaben von jährlich 50.000 Euro für bis zu 1,5 PE einsparen, indem sie den Bedarf für Nachbesetzungen von mittelfristig frei werdenden drei Dienstposten in der Kernverwaltung aufgabenkritisch prüft (siehe Pkt. 9.2. „Externe Partnerschaften u. Ressourcen“).
- Der **Verwaltungs- und Betriebsaufwand** (KZ 24) ist seit 2006 um 66.100 Euro auf 1,99 Mio. Euro gestiegen. Ein Drittel betraf zugekaufte Leistungen, wovon fast 80 % auf die Abfallbeseitigung, WVA und ABA entfielen. Die übrigen 20 % gingen bedingt durch die hohen Winterdienstkosten 2006 um 39.000 Euro zurück.

³ Unter Berücksichtigung der fehlenden Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen würden sich die angeführten Prozentsätze betreffend den Personalkostenanteil um jeweils 1 Prozentpunkt verringern.

Die **Leasingraten** hatten einen Anteil von 18 % und stiegen auf 353.100 Euro.

Die **Instandhaltungen** erhöhten sich seit 2006 um 83.000 Euro auf 344.300 Euro. Die Mehrausgaben 2008 begründeten sich durch höhere Reparaturen beim Fuhrpark, Instandsetzungen bei der Straßenbeleuchtung und Behebung eines Hochwasserschadens beim gemeindeeigenen Wohnhaus.

Die **Energiekosten** beliefen sich 2008 auf 135.300 Euro und lagen aufgrund höherer Akontozahlungen über dem Vorjahreswert.

- Die **laufenden TZ an Träger öffentlichen Rechts** (KZ 26) sind mit jährlichen Steigerungsraten von 6,1 % bzw. 7,3 % von 2006 mit 1,89 Mio. Euro auf 2,16 Mio. Euro im Jahr 2008 gestiegen. Ein Großteil entfiel auf Pflichtausgaben für SHV-Umlage (108.500 Euro), Krankenanstaltenbeitrag (96.100 Euro) und Landesumlage (10.100 Euro).

Gemessen an den Zuwächsen der Ertragsanteile zeigt sich, dass 2008 zur Deckung dieser Pflichtausgaben 53 % notwendig waren. Die Voranschlagswerte 2009 zeigen, dass sich für Puchenau durch den Rückgang bei Ertragsanteilen und Steigerungen bei diesen Pflichtausgaben allein schon ein Fehlbetrag von 334.600 Euro errechnet, der sogar über dem Fehlbetrag des o. H. von 326.000 Euro liegt.

Freie Finanzspitze

- 21.1. Die aus dem öffentlichen Sparen ableitbare freie Finanzspitze ist eine KZ für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Haushaltes. Sie war 2006 und 2008 negativ, lediglich 2007 war sie mit 6.800 Euro positiv. Nach dem MFP werden für die Folgejahre nur negative Werte (-367.000 Euro bis -172.000 Euro) erwartet.
- 21.2. Der LRH stellte fest, dass Puchenau aus der laufenden Gebarung über keinen finanziellen Spielraum für Investitionen verfügt. Die Gemeinde wird daher ihr Investitionsprogramm nur in Abstimmung mit dem Land OÖ. betreffend Gewährung von Landesmitteln bzw. durch Neuverschuldung realisieren können.
- 22.1. Bei der Berechnung der freien Finanz- bzw. Budgetspitze wurden die ungekürzten Tilgungsvolumen in Abzug gebracht und die Zuführungen von IB an den ao. H. sowie Investitionen im o. H. ohne jene für Abfallbeseitigung, WVA und ABA als einmalige sonstige Ausgaben dazugezählt.
- 22.2. Der LRH merkte an, dass die Tilgungen gekürzt um die Ersätze zu berücksichtigen sind und die dazu gezahlten Ausgaben keine einmaligen sonstigen Ausgaben darstellen.

Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen

- 23.1. Die Einnahmen der Vermögensgebarung sanken von 2006 um 80.000 Euro auf 247.100 Euro und stiegen 2008 wieder auf 453.700 Euro. Die hohen Einnahmen 2008 ergaben sich aus der ersten Teilzahlung von 44.000 Euro für den Grundverkauf Golfplatzwiese und einem vorgezogenen Landesbeitrag von 250.000 Euro. Der Großteil der LZ und BZ war als Finanzierungsbeitrag für Vorhaben im ao. H. bestimmt.

Die Ausgaben betrafen die Investitionen (KZ 40 und 41), welche überwiegend im ao. H. getätigt wurden.

- 23.2. Der LRH stellte fest, dass der positive Saldo 2008 nur durch vorzeitige Gewährung eines Landesbeitrages möglich war.

Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung

- 24.1. Der MFP enthielt den mittelfristigen Einnahmen- und Ausgabenplan mit Budgetspitze und Maastricht-Ergebnis sowie den mittelfristigen Investitionsplan für den Zeitraum 2009 bis 2012.

- 24.2. Der LRH bemängelte, dass bei den laufenden Ausgaben und Einnahmen des MFP vielfach die Beträge des VA 2009 ohne Indexanpassungen übernommen wurden. Weiters wies er darauf hin, dass folgende Einnahmen und Ausgaben im MFP bzw. Investitionsplan nicht berücksichtigt wurden:

- Einnahmen aus IB für den Neubau des Nahversorgungszentrums
- Reduzierung der Leasingraten ab 2011 infolge des vorgezogenen Landesbeitrages
- Geschätzter Verkaufserlös von 70.000 Euro für Liegenschaft Großamberg 6
- Gemeindebeitrag 2010 und 2011 von je 75.000 Euro für Neubau Uniongebäude
- Gemeindeanteil ca. 30.000 Euro für die Errichtung der Bootsanlegestelle der FF
- Ausgaben ca. 90.000 Euro für BA 11 (Kanalkataster) sowie die Bedeckungsmittel

Der LRH fügte hinzu, dass im MFP die ab 2009 zu erwartende Verringerung der Einnahmen aus Ertragsanteile noch nicht berücksichtigt werden konnte. Er empfahl, den als Planungsinstrument gedachten mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan zu überarbeiten und ihn durch Erklärungen der Eckdaten und Szenarien kundenorientierter für die politischen Entscheidungsträger zu gestalten. Aufbauend auf den Empfehlungen des LRH sollte die Gemeinde ein mittelfristiges Konzept zur weiteren Sanierung des Gemeindehaushaltes erstellen und die Entlastungsmaßnahmen in den mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan aufnehmen.

Verschuldung

- 25.1. Der Stand an Finanzschulden verminderte sich von 2006 bis 2008 um 363.600 Euro⁴ (6,6 %) auf 5,1 Mio. Euro. Davon entfielen 88,2 % auf WVA und ABA, deren Annuitäten durch Gebühren gedeckt bzw. die Investitionsdarlehen des Landes zinsen- und tilgungsfrei gestellt sind. Die übrigen Darlehen verteilen sich auf das gemeindeeigene Wohnhaus, Volksschule, Abfallbeseitigung, Bauhof und die Gemeindestraßen.

Zur Verschuldung im weiteren Sinn sind auch „kredit- und darlehensähnliche“ Verbindlichkeiten aus Leasing- und Contractingverträgen zu berücksichtigen. Der offene Barwert aus diesen Verträgen belief sich Ende 2008 auf 1,71 Mio. Euro.

- 25.2. Der LRH beurteilte die Finanzschulden als niedrig, da sie durch Gebührenhaushalte bedeckt sind und die Gemeinde großteils nicht belasten. Hingegen bewertete er die Verschuldung im weiteren Sinn als hoch und sah darin eine Ursache für die angespannte Haushaltssituation. Der LRH empfahl, die Verpflichtungen aus Contracting im RA auszuweisen. Solange sich die finanzielle Lage der Gemeinde nicht weiter verbessert, muss sie mit Fremdmittelaufnahmen jeglicher Art (ausgenommen Gebührenhaushalte) zurückhaltend sein. In diesem Zusammenhang stellte der LRH fest, dass im MFP 2010 Darlehensaufnahmen von 700.000 Euro und 100.000 Euro zur Finanzierung der Sanierung der ABA und des Ankaufes eines Unimog eingeplant sind. Die daraus resultierende Annuitätenbelastung wurde im MFP aber nicht dargestellt. Der LRH regte eine Überarbeitung des MFP an. Außerdem wies er darauf hin, die finanzielle Verpflichtung aus dem Contractinggeschäft als noch nicht fällige Verwaltungsschuld auszuweisen.

- 26.1. Mit Hilfe eines externen Beraters wurden 2005 die Konditionen sämtlicher Darlehen hinsichtlich Optimierungspotential untersucht. Bei einigen Darlehen mit einem Zinsindikator auf SMR-Basis wurde bei Umstellung auf Euribor bzw. Schweizer Franken ein Einsparungspotential von 116.500 Euro bzw. 350.300 Euro errechnet. Puchenuau hat sich aufgrund des Fremdwährungsrisikos für Euribor entschieden. Diese Umschuldungen erfolgten 2006 und 2007, wobei Darlehen verschiedener Haushaltsansätze gebündelt und die Restlaufzeit angepasst wurde.

Die 2008 von der Aufsichtsbehörde bei den Siedlungswasserbaudarlehen eingeforderte Verlängerung der Laufzeit auf 33 Jahre vollzog die Gemeinde nicht, da sich wesentlich ungünstigere Konditionen gegenüber 2005 ergeben hätten.

Der jährliche Schuldendienst verringerte sich 2008 gegenüber 2006 nur um 10.000 Euro auf 402.700 Euro, weil das Zinsniveau anstieg. Einschließlich der Tilgungs- und Zinszuschüsse sowie -ersätze ergab sich eine Nettobelastung von 358.900⁵ Euro.

4 Darlehenaufnahme 2006 von 450.000 Euro (ABA BA 09) und jährliche Darlehenstilgungen von 297.100 Euro, 260.900 Euro und 255.600 Euro.

5 Im Schuldennachweis 2008 fehlt der Ersatz der Marktgemeinde Gramastetten von 8.400 Euro.

- 26.2. Der LRH beurteilte die Umschuldungen als effizient und risikobedacht. Er hielt es für zweckmäßig die gebündelten Darlehen nach den einzelnen Haushaltsansätzen im Schuldennachweis zu gliedern.

Rücklagen

- 27.1. Die Rücklagen stiegen bis 2002 durch Zuführungen der Betriebsüberschüssen aus ABA und WVA sowie eines Teiles der Aufschließungsbeiträge. Über Anregung der Aufsichtsbehörde wurden ab 2003 die Betriebsüberschüsse großteils zur Verstärkung des o. H. herangezogen. Ende 2008 waren Rücklagen von 1,59 Mio. Euro vorhanden. Davon entfielen auf die Instandhaltungsrücklagen für ABA 776.300 Euro, WVA 406.600 Euro und Abfallbeseitigung 142.900 Euro. Die Rücklagenbeträge stärkten die Liquidität in der Gemeindegasse. Ein für 2010 und 2011 vorgesehener aber bereits 2008 erhaltener LZ von 250.000 Euro für die Sanierung der Volks- und Hauptschule ist im Wege der Rücklage auf einem Sparbuch deponiert.

In den letzten drei Jahren wurden 447.100 Euro den Rücklagen zugeführt und 707.200 Euro entnommen. Die Zuführungen stammen aus dem LZ und der Hälfte des Betriebsüberschusses 2006 aus der ABA von 132.600 Euro. Die restlichen Rücklagen wurden aus den Betriebsüberschüssen der Abfallbeseitigung und den 2008 für die WVA nicht benötigten IB gebildet. Die Rücklagenentnahmen erfolgten mit 243.000 Euro bzw. 257.400 Euro zur Finanzierung von Investitionen für die ABA und WVA. Für den Straßenbau wurden 202.300 Euro entnommen.

- 27.2. Hinsichtlich des Rücklagenstandes merkte der LRH an, dass die Höhe der Kanalarücklage bei weitem nicht ausreichen wird, um den Finanzierungsbedarf für die künftigen Sanierungsmaßnahmen bei der ABA zu decken.

Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

- 28.1. Die Betriebsergebnisse der öffentlichen und betriebsähnlichen Einrichtungen⁶ belasteten 2008 den Gemeindehaushalt mit 170.400 Euro. In diesem Betrag ist der Abgang von 161.000 Euro der LMS mit dem Veranstaltungssaal nicht enthalten.
- 28.2. Zu den einzelnen Einrichtungen stellte der LRH folgendes fest:
- Die **Abwasserbeseitigung** und **Wasserversorgung** erwirtschafteten Betriebsüberschüsse von 186.500 Euro bzw. 29.000 Euro. Die Kanalbenutzungsgebühr erreichte erst 2009 den Mindestsatz des Landes und die Wasserbezugsgebühr lag 2008 und 2009 darüber. Die Anschlussgebühren für ABA und WVA wurden über den Sätzen des Landes vorgeschrieben. Der LRH merkte an, dass entgegen den Richtlinien der Aufsichtsbehörde bei der Kalkulation der kostendeckenden Kanalbenutzungs- und Wasserbezugsgebühr, die Anschlussgebühren von der Abschreibungsbasis in Abzug gebracht wurden.

⁶ Zusammengefasst wurden Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Abfallbeseitigung, Kindergärten, Hort, Kinderhort, Jugendzentrum, Volksbücherei, Seniorentreff und Schülerspeisung.

Er empfahl die Gebührenverordnungen für WVA, ABA und Abfallbeseitigung mit den Musterverordnungen des Landes zu vergleichen um Optimierungsmöglichkeiten zu finden. Weiters regte er an, Anschlussgebühren für private freistehende Schwimmbecken in beiden Gebührenverordnungen zu verankern⁷.

- Puchenau verfügt über zwei **Kindergärten**, ein **Kindernest** für Kleinkinder und einen **Schülerhort**. Diese Kinderbetreuungseinrichtungen verursachten ein Defizit von 269.000 Euro. Dieser Abgang war deshalb so hoch, weil auch Leasingraten (57.000 Euro) zu Buche schlugen.
- Das von einem Verein mit professioneller Jugendbetreuung geführte **Jugendzentrum** verzeichnete einen Besucheranstieg. Der Betriebsfehlbetrag belief sich auf 25.000 Euro. Da das JZ Puchenau auch von Jugendlichen aus Nachbargemeinden besucht wird welche über kein JZ verfügen, empfahl der LRH eine Kostenbeteiligung im Rahmen der „uwe“ anzustreben, zumal sich Puchenau an den Kosten des JZ der Marktgemeinde Gramastetten beteiligt.
- Die **Volksbibliothek** belastete den Haushalt mit einem Abgang von 69.500 Euro. Dieser war gegenüber 2007 durch eine Abfertigungszahlung von 16.000 Euro gestiegen und beinhaltet Ausgaben von 19.000 Euro für die Anmietung der Bibliotheksräume. Der LRH empfahl, die im Vergleich mit anderen Gemeinden niedrigen und seit 2004 nicht erhöhten Leihgebühren, um zumindest 20 % anzuheben.
- In der **Schülerspeisung** wurden mit 1,84 PE insgesamt 45.300 Mittagsportionen zubereitet. Die Entgelte pro Essen lagen über den Mindestsätzen des Landes. Der Betriebsüberschuss von 3.700 Euro würde sich um die Entschädigung von 1.400 Euro für Kochstellenleitung, die von der Gemeindeverwaltung wahrgenommen wird, verringern. Der LRH hob die vom Küchenpersonal hergestellte hohe Anzahl von Mittagsportionen hervor. Vor allem für den Einkauf von Grundnahrungsmitteln (ca. 18.500 Euro) empfahl er, mit Schulküchen und Altenheimen der „uwe“ Gemeinden eine Einkaufsgemeinschaft zu bilden.

⁷ Bis 2010 sind Kanalbenutzungsgebühren im Sinne des Verursacherprinzips zu gestalten und die Kanalgebührenordnung dementsprechend anzupassen.

Sonstige Feststellungen

Förderungen und freiwillige Leistungen

Allgemeines

- 29.1. Die freiwilligen Ausgaben (ohne Sachzwang) stiegen von 44.500 Euro im Jahr 2007 auf 55.000 Euro 2008 an. Die Förderungen betrafen die Bereiche Sport, Jugend, Kultur und Benützung des öffentlichen Verkehrs bzw. Sammeltaxi. Puchenuau beendete bereits vor Jahren die automatisch wiederkehrende Vereinsförderung und gewährt individuelle, projektbezogenen Förderungen. Über Anregung der Aufsichtsbehörde wurden auch andere Förderungen wie zB erneuerbare Energieträger eingestellt. Neben den monetären Förderungen unterstützte die Gemeinde die örtlichen Vereine und Gastronomiebetriebe mit Gratisnutzung von Veranstaltungsräumlichkeiten und kostenlosen Bauhofleistungen.
- 29.2. Der LRH stellte fest, dass der vom Land vorgegebene Richtsatz für freiwillige Ausgaben eingehalten wurde. Bei Förderungen für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel sah der LRH allerdings Einsparungsmöglichkeiten. Er regte auch an, von den örtlichen Vereinen und Gastronomiebetrieben für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen zumindest ein Betriebskostenpauschale einzuheben. Weiters sollten in Hinkunft sämtliche nicht monetäre Förderungen aus Gründen der Transparenz im RA dargestellt werden.

Sammeltaxi / Fahrtkostenzuschuss

- 30.1. Die Gemeinde gewährt jedem Bewohner für die Fahrt mit dem **Sammeltaxi** von Linz nach Puchenuau eine Zuschuss. In den letzten Jahren schwankte die Inanspruchnahme dieser freiwilligen Leistung von zwischen 700 und 1.500 Personen. 2008 wurden 3.700 Euro aufgewendet, wofür die Gemeinde 2009 ca. 40 % Landesförderung erhält.
- Für Fahrten mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zwischen Puchenuau und Linz wird von der Gemeinde ein **Fahrtkostenzuschuss** zu Jahres-, Wochen- und Monatskarten gewährt, welcher sich 2008 auf 6.300 Euro belief.
- 30.2. Der LRH wies darauf hin, dass die Gemeinde zur Verbesserung der verkehrsmäßigen Aufschließung des Gemeindegebietes durch öffentliche Verkehrsmittel bereits hohe Beiträge aufwendet. 2008 leistete Puchenuau zum OÖVV 18.500 Euro und für das regionale Verkehrskonzept 26.900 Euro. Der LRH empfahl, die zusätzlichen Förderungen durch den Zuschuss zum **Sammeltaxi** und zu den **Fahrtkosten des öffentlichen Verkehrsmittels** einzustellen und die Voraussetzungen für eine Landesförderung für Jugendtaxi zu prüfen. Er fügte hinzu, dass der Radweg entlang der B 127 in die Erhaltungspflicht der Gemeinde übergegangen ist, wodurch von August 2008 bis März 2009 zusätzliche Ausgaben von ca. 8.000 Euro (ohne Eigenleistungen des Bauhofes) entstanden.

Verkauf des Gemeindefwohnhauses

- 31.1. Die Gemeinde erbaute 1995 mit Wohnbauförderungsmittel des Landes und einem Bankdarlehen ein Wohnhaus mit 9 Wohnungen, welche von einer WG verwaltet werden. Die Vermietung verursachte seit Jahren einen Fehlbetrag, der sich 2008 auf 15.500 Euro belief. Der Stand an offenen Darlehen betrug Ende 2008 bei der Wohnbauförderung 452.000 Euro und bei einem Geldinstitut 79.000 Euro mit Laufzeiten bis 2026 bzw. 2015. Die Gemeinde beabsichtigte bereits vor Jahren den Verkauf des mit 740.000 Euro geschätzten Wohnhauses.
- 31.2. Aufgrund der jährlichen Fehlbeträge, welche sich durch den zu erwartenden Anstieg der Instandhaltungsausgaben für das nicht behindertengerechte Wohnhaus erhöhen werden, empfahl der LRH neuerlich den Verkauf zu prüfen. Er machte vor allem auch auf die steigenden Annuitäten der WBF - Darlehen (Anstieg ab 2021 um ca. 100 %) aufmerksam und wies darauf hin, dass diese durch die Mieteinnahmen bis 2026 nicht bedeckt werden können. Der LRH erwartet sich durch den Verkauf die Vermeidung eines jährlich steigenden Abganges von bisher schon bis zu 15.000 Euro.

Globalbudgets

- 32.1. Für die FF, die Schulen einschließlich LMS sowie für den Kindergarten wurden bereits vor Jahren Globalbudgets eingerichtet. Der Kreditrahmen von zusammen 65.900 Euro hat sich erstmals 2008 um 1.200 Euro geringfügig erhöht.
- 32.2. Der LRH hob die Einführung der Globalbudgets positiv hervor und erkannte Anreize für wirtschaftliches Handeln und die Reduzierung administrativen Aufwandes.

Interne Leistungsverrechnung sowie Inventar- und Vermögensverwaltung

- 33.1. Die interne Leistungsverrechnung bzw. Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen erfolgten für EDV- und teilweise für Bauhofleistungen. Die Gebarungen des Veranstaltungssaales (Buchensaal) sowie des Trauungssaales wurden buchmäßig nicht getrennt sondern unter LMS bzw. Standesamt dargestellt. Weiters erfolgte die Verbuchung der aus den Wohngebäuden resultierenden Gebarungen nicht objektbezogen.
- 33.2. Der LRH bemängelte die nicht vollständige Verrechnung der Leistungen des Bauhofes. Er merkte an, dass sämtliche öffentlichen und betriebsähnlichen Einrichtungen nicht mit einer Kostentangente für die Verwaltungstätigkeit belastet wurden.
- 34.1. Seit 2002 ist nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen eine Neubewertung des Vermögens und Inventars durchzuführen. Von der Verwaltung wurde dies noch nicht in Angriff genommen.

- 34.2. Der LRH wies darauf hin, dass die Vermögenserfassung und Bewertung nach den geltenden Bewertungsgrundsätzen und der GemHKRO eine Priorität darstellen muss. Er hielt fest, dass die Neubewertung des Vermögens die Voraussetzung für die bisher nicht aussagekräftige Vermögensrechnung sowie für die in Hinkunft schrittweise einzuführende KLR bildet.

Außerordentliche Vorhaben

Sanierung Ortskanalisation

- 35.1. Puchenuau errichtete bis 2001 in acht Bauabschnitten die Ortskanalisation mit einer Länge von 46 km. Seit Inbetriebnahme wurden vier BA bzw. 11,4 km Kanalstränge auf Dichtheit und Funktionsfähigkeit überprüft. Dabei zeigten sich Mängel, die saniert werden müssen. Die geplanten Sanierungsmaßnahmen sind auf 2,85 Mio. Euro o. USt. geschätzt und werden als BA 10 durchgeführt. Aus Gründen der Finanzierbarkeit erfolgte unter Berücksichtigung der Dringlichkeit eine Zerlegung des BA 10 in drei Teile zu je 950.000 Euro. Die Bauvollendung für die vordringlicheren Sanierungen hat gemäß wasserrechtlicher Bewilligung bis Ende 2010 und für die übrigen Anlagen bis 2015 zu erfolgen.

Das Vorhaben „Kanalsanierung“ weist seit Jahren einen Fehlbetrag aus Vorjahren aus. 2008 betrug dieser 149.000 Euro. Nach dem MFP sind bis 2012 Sanierungskosten von 1,27 Mio. Euro geplant, wovon bereits 320.000 Euro für den zweiten Finanzierungsanteil enthalten sind. Die veranschlagten Bedeckungsmittel von 970.000 Euro beinhalten neben Darlehensaufnahmen und geringen Einnahmen aus IB, Rücklagenentnahmen von 230.000 Euro. Ende 2012 ergibt sich somit unter Berücksichtigung des Fehlbetrages 2008 vorerst eine Finanzierungslücke von -449.000 Euro. Diese wird voraussichtlich durch weitere Darlehen und Rücklagen bedeckt. 2008 betrug der zur Instandhaltung der ABA zweckgebundene Rücklagenstand 776.000 Euro.

- 35.2. Der LRH machte darauf aufmerksam, dass die Kanalbau rücklage keinesfalls zur Finanzierung der restlichen zwei Finanzierungsanteile (1,9 Mio. Euro) ausreichen wird. Weiters stellte er fest, dass noch zusätzliche Investitionen von insgesamt 457.000 Euro (Nebensammler; Durchlass durch die B 127; Kanalkataster) heranstehen und eventuell weitere Sanierungen des restlichen Kanalnetzes erforderlich sein könnten.

Neubau und Sanierung UNION-Gebäude

- 36.1. Die Union-Puchenuau führt als Bauherr einen Neubau und die Sanierung des Sportstättengebäudes mit geschätzten Herstellungskosten von 490.000 Euro durch. Die Gemeinde beteiligt sich 2010 und 2011 mit insgesamt 150.000 Euro. Die Aufbringung dieses Anteilsbetrages aus dem o. H. hielt die Gemeinde aufgrund der damals geplanten Haushaltsüberschüsse und positiven Budgetspitzen für möglich. Sie vereinbarte daher mit dem politischen Referenten, dass die Gemeinde das finanzielle Risiko für die Erbringung der Anteilbetragsleistung trägt.
- 36.2. Der LRH stellte fest, dass sich die Finanzsituation nach dem aktuellen MFP (2009 - 2012) mit prognostizierten Fehlbeträgen im o. H. und negativen Budgetspitzen wesentlich verschlechterte. Er fügte hinzu, dass der Gemeindebeitrag im MFP nicht veranschlagt wurde, jedoch im Finanzierungsantrag an die Aufsichtsbehörde vorgesehen ist. Solang sich die finanzielle Lage der Gemeinde nicht bessert, verbleibt eine Finanzierungslücke von -150.000 Euro.

Gartenstadtzentrum Infrastrukturmaßnahmen

- 37.1. Der Gemeinde Puchenuau fehlt ein gewachsenes Ortszentrum. Im Zuge der privat finanzierten Neubauten eines Nahversorgungszentrums sowie eines Wohn- und Geschäftsgebäudes beabsichtigt die Gemeinde einen Ortsplatz zu errichten und zu überdachen. Zur Lösung der Verkehrs- und Parkplatzproblematik soll die Golfplatzstraße verlegt werden. Die von der Gemeinde zu finanzierenden Baumaßnahmen werden als „Gartenstadtzentrum Infrastrukturmaßnahmen“ bezeichnet und belaufen sich auf geschätzte Kosten von 837.500 Euro. Zur Bedeckung der gesamten Projektkosten wurden 440.000 Euro Landesmittel schriftlich zugesagt.
- 37.2. Der LRH merkte an, dass die Gemeinde ihren Finanzierungsanteil von 325.500 Euro durch einen Grundverkauf bereits aufbrachte. Derzeit besteht eine Finanzierungslücke von -72.000 Euro wofür sich Puchenuau weitere Landesmittel erwartet. Der LRH hielt das geplante Vorhaben für geeignet die Infrastruktur zu verbessern und Impulse für die künftige Entwicklung von Puchenuau zu setzen.

Straßenbaumaßnahmen

- 38.1. Im Rahmen des Straßenbauprogramms 2001 bis 2005 wurden insgesamt 589.100 Euro verbaut. Das neue Programm 2006 bis 2010 beschloss der GR mit einem Bauvolumen von 495.000 Euro. In den Finanzierungsgesprächen mit dem Land wurde ein jährlicher Investitionsrahmen von 100.000 Euro vereinbart, der zu 40 % aus Landes- und 60 % Eigenmitteln zu finanzieren ist. Zuzufolge der angespannten Haushaltssituation beschloss der GR, die Eigenmittel aus der Kanalbau rücklage aufzubringen. Von 2006 bis 2008 wurden 315.300 Euro verbaut. Für Jahre 2009 und 2010 stehen unerledigte Baumaßnahmen mit geschätzten Kosten von 252.300 Euro heran.

- 38.2. Der LRH stellte fest, dass bisher zusätzliche Investitionen von 72.600 Euro getätigt wurden, die im aktuellen Straßenbauprogramm nicht vorgesehen waren. Die Gemeinde begründete dies mit der Behebung vorrangiger Winterschäden aus 2007 sowie Preissteigerungen 2008. Der LRH wies darauf hin, dass zur Substanzerhaltung des Straßennetzes nach Angaben der Gemeinde ein Bedarf von jährlich ca. 250.000 Euro bestünde. Zuzufolge fehlender Finanzierungsmittel mussten seit Jahren die erforderlichen Straßenneubauten und kontinuierlich durchzuführenden Sanierungen hintangestellt werden. Daraus resultierte ein um so kostenintensiverer Bedarf an Neubauten. Der LRH bemerkte, dass mehrere exponiert gelegene Straßen zum Teil nicht asphaltiert und stark sanierungsbedürftig sind.

2 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 6. Juli 2009

Dr. Helmut Brückner

Direktor des Oö. Landesrechnungshof

Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung Gemeinde Puchenau

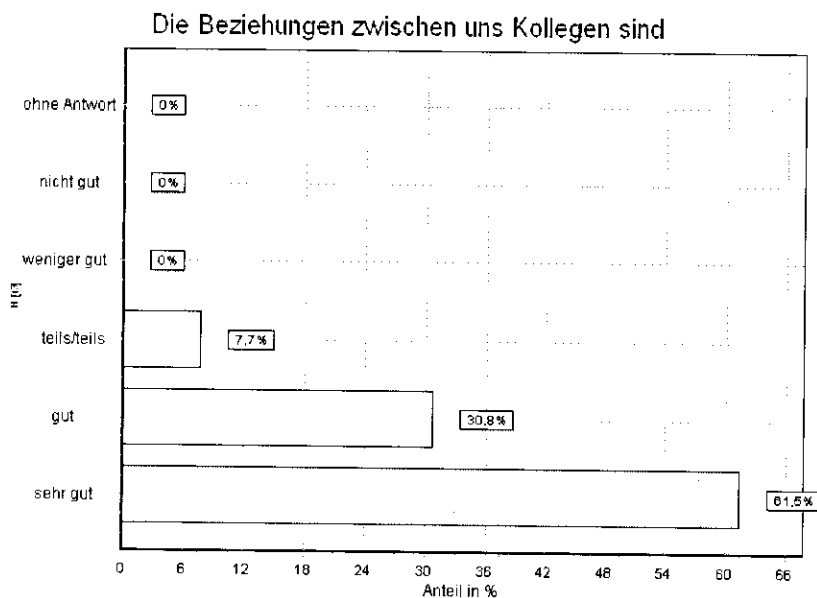
Im Zuge der Prüfung der Gemeinde Puchenau wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Betriebsklima in der Gemeindeverwaltung befragt. Insgesamt wurden 13 Fragebögen ausgegeben, die alle anonym ausgefüllt an den Landesrechnungshof Oberösterreich retourniert wurden. Der Betriebsklimafragebogen umfasste insgesamt 86 Fragen, die sich auf sieben verschiedene inhaltliche Bereiche aufteilten:

- Kollegenbeziehungen
- Vorgesetztenverhalten
- Organisation
- Information
- Mitsprache
- Interessenvertretung
- betriebliche Leistungen

Die sieben inhaltlich unterschiedlichen Bereiche ergeben ein Bild über die Mitarbeiterzufriedenheit zum Zeitpunkt der Befragung.

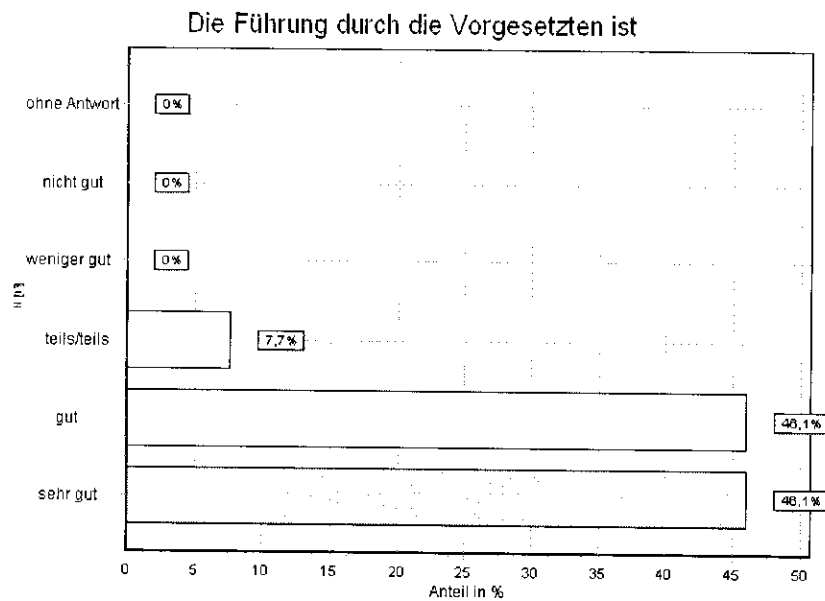
In der Folge werden die ausgewerteten Ergebnisse, der inhaltlich unterschiedlichen Bereiche grafisch dargestellt, die jeweils auf einen Gesamteindruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schließen lassen. Die wesentlichen Schlussfolgerungen daraus sind dem Gutachten zu entnehmen.

Kollegenbeziehungen



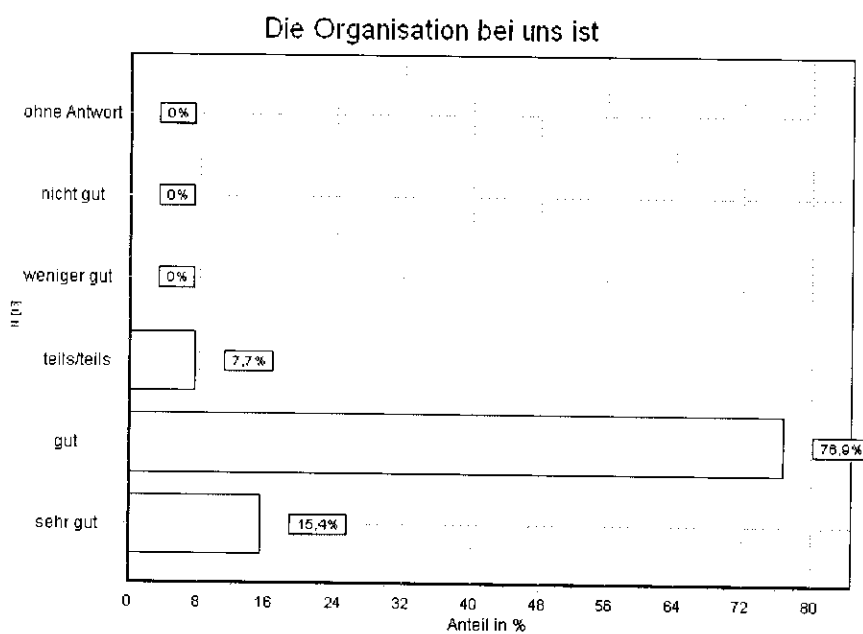
Die Beziehungen, die zwischen den Kollegen in einem Betrieb bestehen, sind ein ganz wesentlicher Bestandteil des Betriebsklimas. Sie zu gestalten, menschlich erfreulich zu machen, ist zu einem großen Teil Aufgabe der Mitarbeiter selbst; es hängt mit ihrer Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft, mit ihrer menschlichen Reife zusammen.

Vorgesetztenverhalten



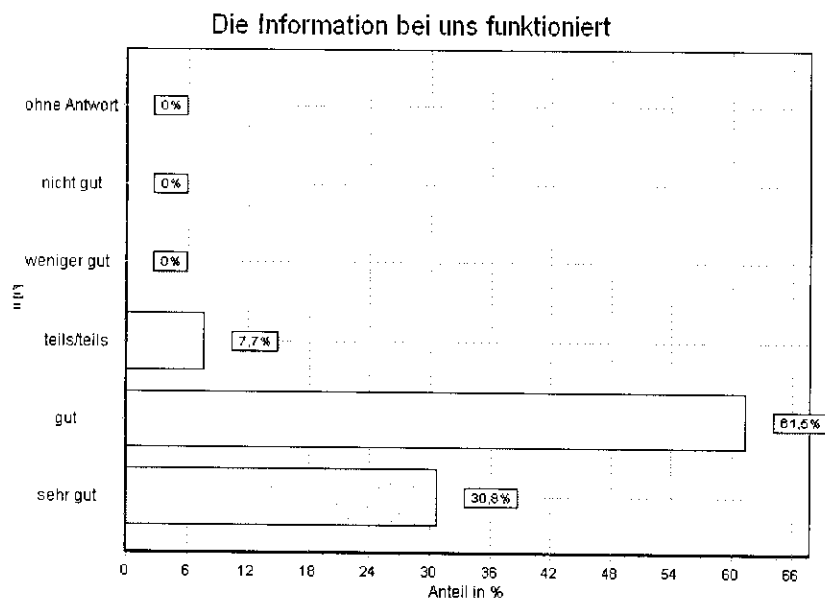
Das Betriebsklima wird maßgebend durch die Vorgesetzten gestaltet. Hier liegen auch die größten Erfolgsfaktoren im Hinblick auf die für eine moderne Verwaltung erforderliche Kultur.

Organisation

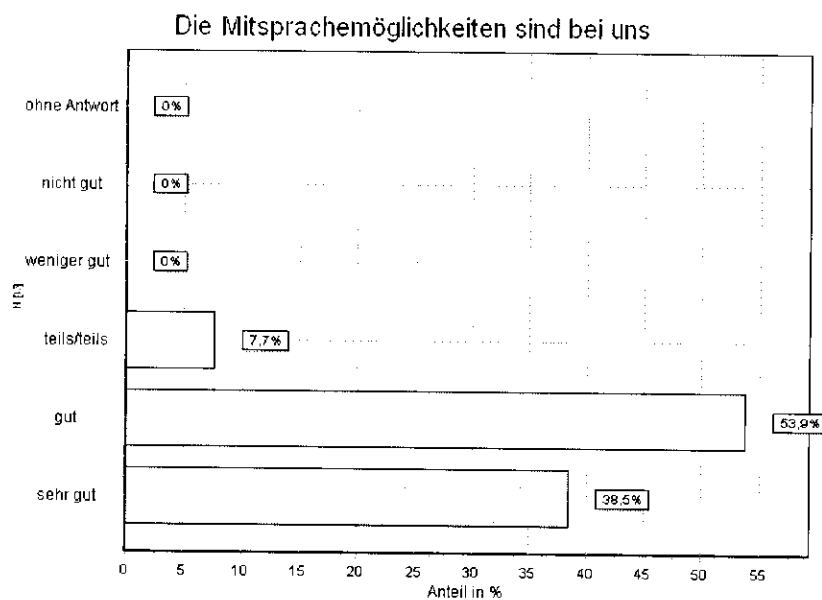


Eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation ist die Basis, auf der sich ein gesundes Betriebsklima erst entwickeln kann.

Information

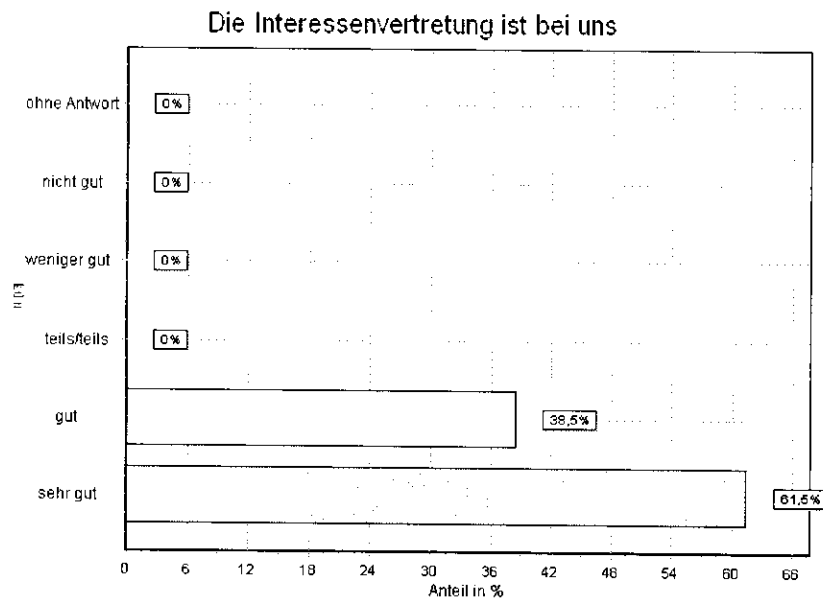


Mitsprache



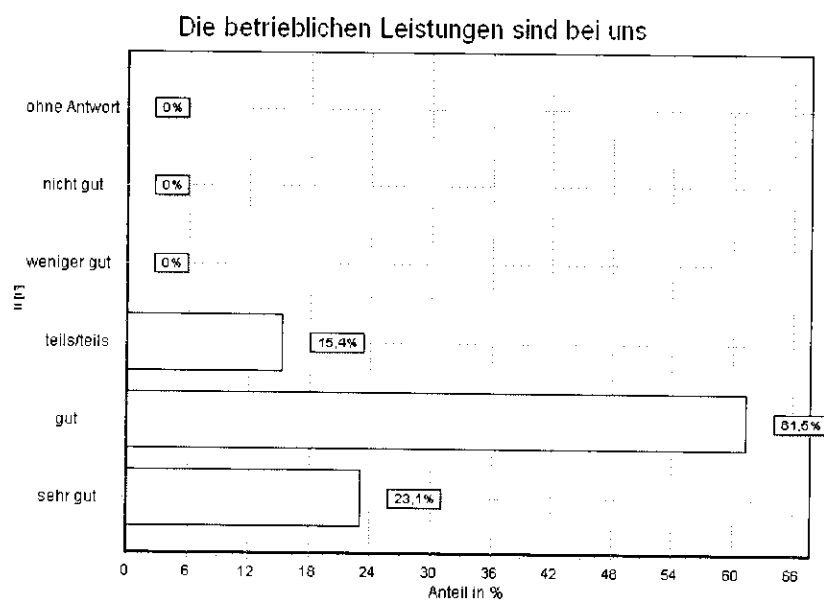
Die optimale Information der Mitarbeiter und ihre Möglichkeit zur Mitsprache im Betrieb sind Herausforderungen, der sich öffentliche Verwaltungen verstärkt stellen sollten. Eine transparente Informationspolitik sowie eine vertrauensvolle Kommunikation sind tragfähige Pfeiler einer gesunden Verwaltungskultur.

Interessensvertretung



Es besteht kein Zweifel daran, dass die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Personalvertretung dem Betriebsklima nützlich ist. Sie garantiert, dass die Interessen der Organisation und der Mitarbeiter in Übereinstimmung oder zu einem tragfähigen Kompromiss gebracht werden.

Betriebliche Leistungen



Die innerbetrieblichen Leistungen fördern die positive Arbeitsatmosphäre und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur qualitätsvollen Leistungserbringung. Mitarbeiter einer Verwaltung sind nur dann im Stande motiviert zusammenzuarbeiten, wenn ihre Leistungen honoriert werden.

Rechnungsquerschnitt 2006 bis 2008

Teil 1 Laufende Gebarung

KZ	Bezeichnung	2006	2007	2008	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.			07/08	
		in 1000 Euro			in %	
Einnahmen der laufenden Gebarung						
10	Eigene Steuern	535,8	554,4	653,0	98,6	17,8%
11	Ertragsanteile	2.740,4	2.966,7	3.228,7	262,0	8,8%
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	1.391,0	1.379,7	1.331,2	-48,5	-3,5%
13	Einnahmen aus Leistungen	374,1	368,9	369,0	0,1	0,0%
14	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	207,5	215,2	223,9	8,7	4,0%
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	857,8	847,5	603,9	-243,6	-28,7%
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	48,7	48,2	45,3	-2,9	-6,0%
17	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	178,1	256,4	204,7	-51,7	-20,2%
18	Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	105,3	92,3	108,1	15,8	17,1%
19	Summe 1 (laufende Einnahmen)	6.438,6	6.729,4	6.767,9	38,5	0,6%
Ausgaben der laufenden Gebarung						
20	Leistungen für Personal	1.408,3	1.434,0	1.519,8	85,8	6,0%
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
22	Bezüge der gewählten Organe	139,6	148,1	153,5	5,4	3,6%
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	156,3	137,1	167,5	30,4	22,2%
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.920,0	1.887,5	1.986,1	98,6	5,2%
25	Zinsen für Finanzschulden	115,6	136,8	147,1	10,3	7,5%
26	Laufende Transferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	1.892,4	2.007,8	2.155,1	147,3	7,3%
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	193,6	154,7	140,3	-14,4	-9,3%
28	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	178,1	256,4	204,7	-51,7	-20,2%
29	Summe 2 (laufende Ausgaben)	6.003,8	6.162,3	6.474,0	311,7	5,1%
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	434,8	567,0	293,8	-273,2	-48,2%

Teil 2 Vermögensgebarung

KZ	Bezeichnung	2006	2007	2008	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			07/08	
		in 1000 Euro			in %	
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
30,31,32	Veräußerung von Vermögen	0,0	0,0	44,4	44,4	k.A.
33	Kapitaltransferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	326,7	247,1	409,3	162,2	65,6%
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	0,0	247,1	409,3	162,2	65,6%
39	Summe 3: Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	326,7	247,1	453,7	206,6	83,6%
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	842,7	642,4	283,5	-358,9	-55,9%
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	16,6	12,0	21,0	9,0	75,0%
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
43	Kapitaltransferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
44	Sonstige Kapitaltransferzahlungen	25,6	41,4	33,9	-7,5	-18,1%
49	Summe 4: Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	884,9	695,8	338,4	-357,4	-51,4%
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-558,2	-448,7	115,3	564,0	125,7%
Saldo 1 + Saldo 2		907,6	-123,4	118,3	241,7	195,9%

Rechnungsquerschnitt 2006 bis 2008

KZ	Bezeichnung	2006	2007	2008	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			07/08	
		in 1000 Euro			in %	
Einnahmen aus Finanztransaktionen						
50	Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
51	Entnahmen aus Rücklagen	60,0	171,0	476,2	305,2	178,5%
52	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
53	Entnahmen aus Rückzahlung von Bezugsvorschüssen	1,4	1,4	1,7	0,3	21,4%
54	Aufnahmen Finanzschulden von Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
55	Aufnahme Finanzschulden von anderen Trägern	450,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
59	Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen	511,4	172,4	477,9	305,5	177,2%
Ausgaben aus Finanztransaktionen						
60	Erwerb v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
61	Zuführung an Rücklagen	136,7	24,2	286,2	262,0	1082,6%
62	Gewährung von Darlehen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
63	Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	5,0	0,0	5,0	5,0	k.A.
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen Trägern	297,1	260,9	255,6	-5,3	-2,0%
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
69	Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen	438,8	285,2	546,7	261,5	91,7%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	72,7	-112,8	-68,8	44,0	39,0%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnungen zwischen o. und ao. H.	-50,7	5,6	340,3	334,7	5976,8%

Übersicht Gesamthaushalt		2006	2007	2008
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 1, 3 und 5</i>	7.276,7	7.148,8	7.699,5
81	Zuführungen aus dem o. Haushalt und Rückführungen aus dem ao. Haushalt	26,4	34,2	60,9
82	Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre	31,4	0,0	0,0
83	Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
79	Summe 7 (Gesamteinnahmen)	7.334,5	7.183,0	7.760,3
84	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 2, 4 und 6</i>	7.327,5	7.143,3	7.359,2
85	Zuführungen an den ao. Haushalt und Rückführungen an den o. Haushalt	26,4	34,2	60,9
86	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	715,0	734,4	728,8
87	Abwicklung Soll-Überschuss laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
89	Summe 8 (Gesamtausgaben)	8.068,9	7.911,8	8.148,9
99	Administratives Jahresergebnis <i>Summe 7 minus Summe 8</i>	-734,4	-728,8	-388,5

AKTENVERMERK

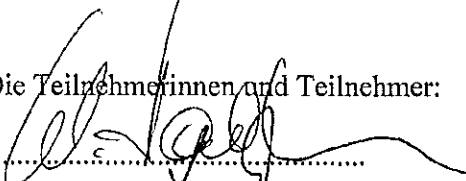
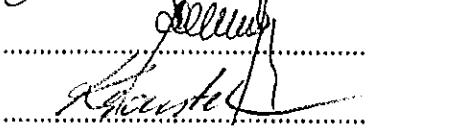
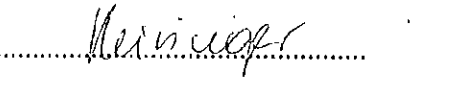
Gegenstand: Schlussbesprechung über das Gutachten betreffend Gemeinde
Puchenau
Aktenzahl: LRH-210065/6-2009-BI
Ort und Datum: Landesrechnungshof OÖ, Promenade 31, am 26.06.2009
Teilnehmerinnen und
Teilnehmer: Wolfgang Haderer (Bürgermeister)
Manfred Arnezeder (Amtsleiter)
Maria Reisinger
Walter Kronsteiner
Mitglieder des LRH: Martin Mühlbacher MBA
Josef Binder
Josef Lenglachner

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis des Gutachtens in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

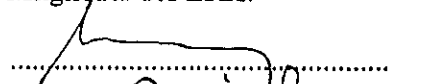
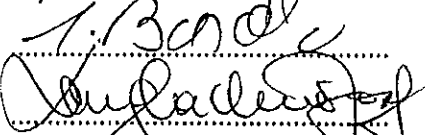
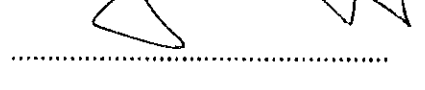
Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:


.....

.....

.....
.....

Mitglieder des LRH:


.....


.....
.....